

P **LIZEI** **DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei



FÜR UNS. **FÜR MORGEN**

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

FÜR UNS. FÜR MORGEN

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Michael Zielasko, Abteilung Kommunikation,
GdP-Bundesgeschäftsstelle Berlin

Titelfoto: peterschreiber.media/stock.adobe.com

Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach
ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

Sämtliche hier veröffentlichte Anzeigen, die im Kunden-
auftrag für die Drucklegung vom Verlag gestaltet wurden,
sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfälti-
gung und elektronische Speicherung ist nur mit Zustim-
mung des Anzeigenkunden und des Verlages erlaubt.
Verstöße hiergegen werden vom Verlag, auch im Auftrag
des Anzeigenkunden, unnachsichtig verfolgt.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3 a • 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-0 • Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin: Antje Kleuker

Gestaltung und Layout: Jana Kolffhaus

Anzeigensatz und Druck:
Wölfer Druck + Media • Schallbruch 22-24 • 42781 Haan

© 2022

005-2022-088

www.vdp-polizei.de

• Grußworte

Olaf Scholz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland **3**

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat **5**

Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin **7**

Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern,
für Sport und Integration, Vorsitzender der
Innenministerkonferenz 2022 **9**

Yasmin Fahimi, Vorsitzende des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB) **11**

Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei (GdP) **13**

• **Zeitplan** 27. Ordentlicher Bundeskongress **15**

• **Geschichte der Gewerkschaft der Polizei** **16**

• **Alles für Dich drin – Das GdP-Plus Partnerprogramm** **47**

• **Danksagung** **48**

Grüßwort

Olaf Scholz
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland



In Sicherheit zu leben ist ein menschliches Grundbedürfnis. Dies wird uns derzeit schmerzlich vor Augen geführt, wenn wir die furchtbaren Bilder von Tod, Leid und Zerstörung sehen, die der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands in der Ukraine verursacht. Vielen Menschen in Deutschland wird in diesen Tagen bewusst, welch großes Glück es ist, in einem der sichersten Länder der Welt leben zu dürfen. Dass die Kriminalität in Deutschland seit Jahren rückläufig ist, wie uns die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik zeigen, ist vor allem ein großer Verdienst unserer Polizeibeamtinnen und -beamten und Zeugnis für ihre hervorragende Arbeit. Hierfür gebührt ihnen und den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeibehörden unser aller Dank. Wenn Sie in diesem Jahr den 27. Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei begehen, werden Sie auf vier außergewöhnlich ereignisreiche und herausfordernde Jahre zurückblicken, deren Folgen uns in den kommenden Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, weiter beschäftigen werden.

Als uns im späten Herbst 2019 die ersten Meldungen über eine neue hoch ansteckende Krankheit in China erreichten, ahnte noch kaum jemand, welche gravierenden Auswirkungen diese bald auf unser tägliches Leben haben sollte. Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erforderte einen beispiellosen Kraftakt mit teils weitreichenden Einschränkungen der persönlichen Freiheit, wie es sie in der Bundesrepublik Deutschland bis dahin noch nicht gegeben hatte. Der Polizei kam die schwierige Rolle zu, diese Einschränkungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit anderer durchzusetzen.

Ein Teil der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat sich im Laufe der Zeit radikalisiert. Nicht selten mussten Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen für die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sprichwörtlich Ihren Kopf hinhalten. Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik belegen eine Zunahme von Straftaten gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte, bis hin zu tätlichen Angriffen und physischer Gewalt. Diese Entwicklung können und werden wir als Bundesregierung nicht hinnehmen.

Die letzten vier Jahre waren ferner geprägt von einer erheblichen Bedrohung durch den Rechtsextremismus. Ich erinnere nur an die feige Ermordung von Dr. Walter Lübcke und an die beiden rechtsextremistisch motivierten Anschläge in Halle und Hanau. Sorge bereitet uns auch eine zunehmende Verbreitung kruder Verschwörungserzählungen, oftmals mit antisemitischen oder rassistischen Bezügen. Chatverläufe auf Messenger-Diensten oder Posts im Internet zeugen zum Teil

von einer menschenverachtenden Weltsicht. Die Polizeibehörden sind immer mehr mit der Verfolgung von Straftaten in der digitalen Welt beschäftigt. Als Bundesregierung stehen wir in der Pflicht, die Rahmenbedingungen dafür – sowohl rechtlich als auch was das Personal und die technischen Voraussetzungen angeht – kontinuierlich anzupassen, um eine effektive Ermittlungsarbeit zu ermöglichen.

Darüber hinaus sehen wir uns in Deutschland nach wie vor auch mit Bedrohungen durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus konfrontiert. Wir müssen aufmerksam bleiben, nicht zuletzt wegen der möglichen Rückkehr weiterer IS-deutscher Anhänger aus Syrien und dem Irak. Auch die Organisierte Kriminalität entwickelt sich ständig weiter und stellt die Polizei immer wieder vor neue Aufgaben. Zu denken ist etwa an die mannigfaltigen Möglichkeiten, welche die zunehmende digitale Vernetzung auch für die Begehung von Straftaten mit sich bringt.

All dies sind große Herausforderungen für unsere Sicherheitsbehörden in den kommenden Jahren. Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und seine Folgen kommen absehbar weitere hinzu: Etwa der Schutz vor Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen und staatliche Stellen oder Szenarien hybrider Kriegsführung.

Dafür brauchen wir auch eine gut ausgestattete und durchsetzungsfähige Polizei. Sie ist sichtbares Aushängeschild unseres Rechtsstaates. Sie verteidigt unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gegen ihre Feinde und steht auch sinnbildlich für das staatliche Gewaltmonopol. Eine starke Polizei ist der Garant dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße sicher fühlen – auch nachts, feiertags und am Wochenende. Ich danke unseren Polizistinnen und Polizisten für ihren Einsatz und ihr Engagement.

Wir als Bundesregierung sind daher froh darüber, mit der Gewerkschaft der Polizei auch für die Zukunft einen starken Partner an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Sicherheitsbehörden zu wissen. Sie erweisen unserem Land einen großen Dienst. Dafür haben Sie unsere volle Unterstützung.

Grüßwort

Nancy Faeser
Bundesministerin des Innern und für Heimat



Wir durchleben ein Jahrzehnt der gesellschaftlichen Herausforderungen. Pandemie, Klimawandel, Migrationsdruck und Digitalisierung sind nur einige der Themen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt haben und dies zunehmend tun werden.

Der unprovokierte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, dass wir Sicherheitsfragen in Deutschland neu denken müssen. Hier werden auch die Polizeien des Bundes vor neue und zusätzliche Aufgaben wie Herausforderungen gestellt. Insbesondere der Umgang mit den durch den Krieg ausgelösten Migrationsbewegungen betrifft die Bundespolizei in ihrer grenzpolizeilichen Kernaufgabe. Unsere Sicherheitsbehörden sind auf Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen und staatliche Stellen, Szenarien hybrider Kriegsführung sowie nicht zuletzt das inländische Versammlungs- und Demonstrationsgeschehen vorbereitet und haben dabei immer auch die aus der kriegerischen Auseinandersetzung erwachsende Gefährdungslage und notwendige Schutzmaßnahmen im Inland im Blick.

Bundespolizei und Bundeskriminalamt sind Sicherheitsgaranten des Bundes; durch Präsenz auf wesentlichen Verkehrsinfrastrukturen, Handlungsfähigkeit an den Außen- und Binnengrenzen, Unterstützung der Bundesländer durch eine stark aufgestellte Bundesbereitschaftspolizei, digitale Kompetenz, internationaler – aber auch nationaler – Vernetzung bei der Bekämpfung der Schleusungskriminalität, im Kampf gegen Extremismus, Organisierte Kriminalität und sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen.

Was benötigen die Polizeien des Bundes, um ihre vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben erfolgreich wahrnehmen zu können?

Wichtig sind moderne Rechtsgrundlagen und Befugnisse der Sicherheitsbehörden, die verhältnismäßig und gleichzeitig zur Erfüllung der wachsenden Aufgaben geeignet sind. Im Hinblick auf das Bundeskriminalamtgesetz prüfen wir, ob bestimmte Befugnisse mit der technischen Entwicklung und den sicherheitspolitischen Herausforderungen noch Schritt halten. Wo wir Regelungslücken feststellen, werden wir diese schließen. Auch das Bundespolizeigesetz, das den Rechtsrahmen für die Arbeit der Bundespolizei festlegt, stammt im Wesentlichen aus dem Jahr 1994 und muss an die aktuellen sicherheitspolitischen und technischen Anforderungen angepasst werden. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Novellierung des Bundespolizeigesetzes ist daher ein besonders wichtiges Vorhaben des BMI für diese Legislaturperiode. Mit dem neuen Gesetz werden wir sicherstellen, dass die Bundespolizei auch in Zukunft ihren Auftrag effektiv und erfolgreich erfüllen wird.

Auch die Ausstattung muss Schritt halten mit technologischen Entwicklungen. Angriffe auf Polizeikräfte nehmen zu und werden gewalttätiger. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen ihren Führungs- und Einsatzmitteln vertrauen können. Als integraler Bestandteil der polizeilichen Arbeit muss auch die Informationstechnologie verstanden, entsprechend weiterentwickelt und polizeiliche Forschung in diesem Bereich intensiviert werden.

Was unsere Polizistinnen und Polizisten darüber hinaus benötigen, ist eine angemessene Wertschätzung ihrer Arbeit. Hierzu führen wir die Ruhegehaltfähigkeit der sog. Polizeizulage wieder ein. Darüber hinaus drückt sich diese Wertschätzung ebenso in einer guten Personalausstattung aus. Die Bundespolizei hat seit 2015 einen beachtlichen Aufwuchs um 12.500 neue Planstellen erfahren, um ihre vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft in bewährter Qualität bewältigen zu können. Darüber hinaus wurden dem Bundeskriminalamt seit 2017 über 3.300 zusätzliche Stellen zugewiesen. Eine Herausforderung bleibt, vorhandene Stellen zu besetzen. Derzeit sind rund 10 Prozent der Stellen unbesetzt. Das Bundeskriminalamt hat hierfür eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, u. a. um das Bundeskriminalamt als attraktiven und modernen Arbeitgeber zu präsentieren und bekannt zu machen. Dabei werden wir das Bundeskriminalamt nach Kräften unterstützen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass Bundespolizei und Bundeskriminalamt weiterhin das erforderliche Personal für die Bereiche erhalten, die vor besonders akuten Herausforderungen stehen.

Zur Wertschätzung zählt zudem eine angemessene Unterbringung. Aufgabe ist es, nicht nur einen angemessenen und modernen Unterbringungsstandard zu gewährleisten, sondern insbesondere auch die Kapazitäten an Personalzuwachs und neue Aufgabenbereiche anzupassen.

Heutigen und künftigen Herausforderungen – wie dem diesjährigen G7-Gipfel in Deutschland oder perspektivisch der Fußball-Europameisterschaft 2024 – gilt es, mit einer gut ausgebildeten und ausgestatteten Polizei professionell zu begegnen. Hierzu leistet der Bund einen wichtigen Beitrag.

Grüßwort



Franziska Giffey
Regierende Bürgermeisterin von Berlin

Liebe Delegierte,
liebe Engagierte der Gewerkschaft der Polizei,

zu Ihrem 27. Ordentlichen Bundeskongress heiße ich Sie in Berlin herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, dass wir Sie in unserer Hauptstadt zu Gast haben.

„Für uns. Für morgen“, so lautet Ihr Motto und damit bringen Sie ein Selbstverständnis zum Ausdruck, das nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft der Bundespolizei im Blick hat. Das heißt, dass Sie mit allem, was Sie als Gewerkschaft heute für die Polizistinnen und Polizisten anstreben, zugleich wichtige Grundlagen für das Morgen legen wollen. Sie sind damit gleichermaßen Interessenvertreter wie Zukunftsgestalter für eine Berufsgruppe, die unverzichtbar ist für unsere Gesellschaft, für unsere Demokratie und für unser gesamtes Land.

Denn Sie, die Polizistinnen und Polizisten, arbeiten jeden Tag dafür, dass wir uns sicher fühlen können. Im Bund, in den Ländern und auch in unserer Hauptstadt Berlin. Als Regierende Bürgermeisterin von Berlin bin ich Ihnen, den Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei sehr dankbar. Gerade hier in der Hauptstadt ist eine gute gemeinsame Schnittstellenarbeit von zentraler Bedeutung. Das zeigt sich ganz aktuell bei der Koordinierung der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Jeden Tag erreichen den Berliner Hauptbahnhof Tausende Geflüchtete und da ist es gut, dass Landes- und Bundespolizei so hervorragend zusammenarbeiten. Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Aber auch in anderen Bereichen spielt eine gute Kooperation eine große Rolle. So bei der Absicherung von Großdemonstrationen wie noch vor wenigen Monaten gegen die Corona-Auflagen oder auch bei anderen Großlagen, etwa bei Fußballspielen von Hertha BSC gegen den 1. FC Union. Auch beim Schutz von Bundeseinrichtungen läuft die Zusammenarbeit von Bundes- und Landespolizei ganz hervorragend. Kurzum: Berlin ist dankbar für das, was Sie jeden Tag leisten. Und das gilt auch über den konkreten Einsatz hinaus. Denn Sie tragen mit Ihrer Arbeit insgesamt entscheidend dazu bei, dass unsere Werte der Freiheit, Offenheit und Demokratie gestärkt und geschützt werden. Tag für Tag treten Sie für unseren Rechtsstaat ein und das nicht selten unter großer Belastung und Gefahren für die eigene Gesundheit.

Dafür gebühren Ihnen nicht nur großer Dank und Anerkennung, sondern auch Arbeitsbedingungen, die dieser Fülle an Aufgaben und ihrer Bedeutung gerecht werden. Daher ist mit Ihrem Motto „Für uns. Für morgen“ auch ein Auftrag an uns als Staat verbunden.

Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen sich darauf verlassen können, dass sie ihren Dienst unter besten Rahmenbedingungen ausüben. Das betrifft nicht nur eine gute Ausstattung und ausreichend Personal, sondern auch den Schutz vor Angriffen und Aggressionen. Immer häufiger werden Polizistinnen und Polizisten im Einsatz verbal oder tätlich angegriffen. Allein 2021 waren es über 8.500 tätliche Angriffe auf Beschäftigte der Berliner Polizei und 128 bei der Feuerwehr. Das werden wir nicht hinnehmen und setzen dem neben konsequenter Strafverfolgung mehr Personal, mehr Sichtbarkeit und eine einheitliche Ausstattung auch beim Eigenschutz entgegen. So werden wir hier in Berlin den Einsatz von Bodycams fortsetzen. Noch in diesem Jahr werden bis zu 300 Geräte zum Einsatz kommen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihr tägliches Engagement und insbesondere auch der Gewerkschaft der Polizei für ihren tatkräftigen Einsatz. Sie geben den Polizistinnen und Polizisten eine wichtige und unverzichtbare Stimme. Für den Berliner Senat sind Sie ein wichtiger Partner.

Für Ihren Bundeskongress wünsche Ihnen gute Beratungen und wegweisende Beschlüsse. Darüber hinaus einen schönen Aufenthalt hier in unserer Hauptstadt Berlin.

Herzliche Grüße
Ihre

Grüßwort



Joachim Herrmann
Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration
Vorsitzender der Innenministerkonferenz 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiße Sie herzlich willkommen zum 27. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei! In den kommenden beiden Tagen erwarten uns spannende Vorträge und interessante Diskussionen unter dem Motto: „Für uns. Für morgen“.

Leider ist im Februar dieses Jahres in der Ukraine wahr geworden, was in unserer aufgeklärten Welt lange als undenkbar galt: Krieg in Europa. Neben dieser schrecklichen Krise in unserer europäischen Nachbarschaft – auch unter anderem bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme eine Herkulesaufgabe für unsere Bayerische Polizei – werden die Polizeibehörden des Bundes und der Länder ständig vor weitere große Herausforderungen gestellt.

So hat zum Beispiel vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie das Versammlungsgeschehen im ganzen Bundesgebiet kräftig an Fahrt aufgenommen. Dabei sorgen das teils sehr aggressive Auftreten der Corona-Maßnahmen-Kritiker im Rahmen sogenannter „Corona-Spaziergänge“ und leider auch immer wieder Übergriffe auf unsere eingesetzten Polizeikräfte bei uns allen für große Verärgerung.

Außerdem hat sich im Zuge der Pandemie ein Großteil des Lebens zunehmend in das Internet verlagert. Vermehrt nutzen Straftäter nun das Netz als Schauplatz für ihre kriminellen Aktivitäten. Die Täter agieren dort im Schutze vermeintlicher Anonymität. Landesgrenzen stellen dabei bekanntlich kein Hindernis dar.

Über soziale Medien werden zunehmend Verschwörungsmymen und Fake News verbreitet. Das gefährliche Ziel derartiger Kampagnen ist es, durch bewusste Desinformation auf die öffentliche Meinungsbildung einzuwirken und Misstrauen gegenüber Verfassungsorganen, staatlichem Handeln und dem Ablauf demokratischer Prozesse zu schüren.

Darüber hinaus haben auch Bedrohungen und Hetzkampagnen im Netz durch verschiedenste Strömungen, Personen und Gruppierungen, insbesondere über den Messengerdienst Telegram, eine breite gesellschaftliche Diskussion zum Thema „Hatespeech“ und „Verro-

hung unserer Gesellschaft“ entfacht. Hass und Gewalt richten sich letztlich nicht nur gegen einzelne Personen oder Gruppen, sondern vielmehr gegen unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft und damit gegen uns alle.

Neben diesen Themenfeldern hat auch ein weiterer Punkt im Zuge der Pandemie immer mehr an Relevanz gewonnen: der Schutz Kritischer Infrastrukturen, eine Kernaufgabe staatlicher und unternehmerischer Sicherheitsvorsorge. Zur Erfüllung der immer vielgestaltiger werdenden Aufgaben wird neben professioneller Technik und Ausrüstung auch ein ausreichend großer Personalkörper benötigt. Die Bayerische Polizei geht hier mit gutem Beispiel voran: In den Jahren 2017 bis 2023 erhält sie 3.500 zusätzliche Stellen und wird mit insgesamt mehr als 45.000 Stellen 2023 den höchsten Stellenstand ihrer Geschichte erreichen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Aktuelle und künftige Herausforderungen lassen sich in einigen Fällen nur durch ein interdisziplinäres, länderübergreifendes Zusammenwirken bewältigen. Nicht zuletzt deswegen ist es mir als Vorsitzender der Innenministerkonferenz 2022 wichtig, die Themen Gewährleistung der Sicherheit im digitalen Raum, Bekämpfung von Extremismus und verfassungsfeindlicher Tendenzen sowie Katastrophen- und Bevölkerungsschutz als inhaltliche Schwerpunkte zu behandeln. „Für uns. Für morgen“

Ich wünsche uns auf dem Bundeskongress produktive und erkenntnisreiche Stunden sowie interessante Gespräche!

Grüßwort



Yasmin Fahimi
Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Liebe Delegierte des 27. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

die Corona-Pandemie und der Überfall auf die Ukraine haben viele Gewissheiten überholt und in vielen Bereichen zu einem fundamentalen Paradigmenwechsel geführt. Sei es die Arbeitswelt, die zuletzt immer flexibler und digitaler geworden ist, sei es der von Abstand halten geprägte und teils rauer gewordene Umgang miteinander. Hinzu kommt ein seit dem 24. Februar dieses Jahres verloren gegangenes Sicherheitsgefühl in Deutschland und der Welt. Viele Menschen verspüren eine ihnen unbekanntete Unsicherheit, Ungewissheit, die ihnen Angst macht. Dabei ist genau diese in stürmischen Zeiten ein schlechter Berater. Besser ist es, sich auf das zu besinnen, was einem Halt gibt, auf Gemeinsinn und Solidarität. Das Motto eures Bundeskongresses, „Für uns. Für morgen“ empfinde ich deswegen als außerordentlich passend.

Ein WIR ist stärker als ein ICH. Das ist euch und euren Kolleginnen und Kollegen durch die tägliche Arbeit mehr als bewusst. Ihr müsst, ihr könnt euch aufeinander verlassen. Nur so ist der Einsatz – trotz enormer Überstundenberge, trotz Personalmangels, trotz unzureichender Ausrüstung, trotz mangelhafter Digitalisierung, trotz zunehmender Respektlosigkeiten – für die Menschen in diesem Land da zu sein, möglich. Dafür gebührt euch Dank und Wertschätzung. Es ist gut zu wissen, dass die weltweit größte Interessenvertretung von Polizeibeschäftigten Teil der DGB-Familie ist. Denn auch in dieser gilt, gemeinsam sind WIR stärker.

Das Morgen birgt gerade für die Polizeien viele Herausforderungen. Eine besteht in der Bewältigung des Generationenwechsels. Laut Statistischem Bundesamt gab es zuletzt rund 340.000 Polizeibeschäftigte, also 30.000 mehr als noch fünf Jahre zuvor. Das ist gut. Zugleich gehen jedoch über 72.000 Kolleginnen und Kollegen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand. Eine für das Funktionieren der Polizeien ele-

mentare Aufgabe wird daher das Gelingen des Wissenstransfers sein. Ohne Implementierung systematischer Verfahren, in deren Rahmen die „Bärenführerinnen und Bärenführer“ ihr Erfahrungswissen an die jungen neuen Kolleginnen und Kollegen weitergeben können, wird es nicht funktionieren. Der DGB als beamtenpolitische Spitzenorganisation wird sich dafür zusammen mit der GdP stark machen.

Gemeinsam stark machen wir uns auch dafür, dass die Arbeitsbedingungen nicht mehr von der Finanzkraft der Dienstherrn abhängen. Die Föderalisierung des Beamtenrechts hat zu einem Zustand der Ungleichheit geführt. Hier müssen wir den Druck auf die Politik hochhalten. Wollen wir qualifizierte und engagierte Kräfte, dann müssen sich die politischen Entscheiderinnen und Entscheider von der Idee der Polizei auf Sparflamme verabschieden. Zweifelsohne, die Polizeien zukunftsfest aufzustellen kostet. Doch Investition in eine personell wie technisch gut ausgestattete Polizei, die – ob auf dem Land oder in der Großstadt – präsent und für die Menschen da ist, sind richtig und gut angelegt.

Der DGB steht seit 1978 im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen an eurer Seite. Ich freue mich darauf, es meinen Vorgängern gleichzutun und wünsche Euch einen erfolgreichen Kongress.

Eure

Grüßwort



Oliver Malchow
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Sehr geehrte Gäste, Delegierte und Gastdelegierte des
27. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP),

die zurückliegenden Jahre der Pandemie haben uns hierzulande stark beansprucht. Enorme wirtschaftliche Unterstützung wurde geleistet, es mussten teils harte politische Entscheidungen getroffen werden, soziale Verwerfungen bekamen Konturen und jede und jeder von uns könnte heute mit ihren und seinen Erlebnissen und Erfahrungen zur Aufarbeitung dieser Krisenzeit beitragen.

Deutlich wurde aus meiner Sicht, dass immer dann, wenn Einigkeit bestand, wenn gemeinsam gehandelt wurde und der Wille, etwas zu erreichen die eigenen Zielsetzungen überragte, die längste Wegstrecke erfolgreich absolviert werden konnte. Klug wäre es, die richtigen Lehren zu ziehen.

Daher hat sich die Gewerkschaft der Polizei nicht ohne Grund ein zukunftsweisendes Kongressmotto gegeben: „Für uns. Für morgen“.

Ja, wir schauen auf uns, die Beschäftigten in der Polizei. Als GdP wollen wir in erster Linie unseren Mitgliedern ein gutes Berufsleben ermöglichen. Das ist die vornehmste Aufgabe einer Gewerkschaft. Und die GdP ist zudem eine, die wächst. Eine, die Vertrauen entgegengebracht wird. Eine, die auch morgen für uns da sein wird.

Am Ende des vergangenen Jahres blickten wir auf eine Zahl zurück, die uns stolz werden ließ. Über 200.000 Mitglieder zählte zum Jahreswechsel unsere Organisation. Für diesen tatsächlich epochalen Erfolg stehen alle, die sich mit ihrer engagierten, wirkungsvollen und sichtbaren Gewerkschaftsarbeit in allen Gremien, auf allen Ebenen und in den Personalräten und Beschäftigtenvertretungen eingesetzt haben, Freizeit geopfert und manche Mühsal auf sich geladen haben.

Uns allen ist jedoch klar: Ein Selbstläufer ist das nicht. Mit großem Selbstbewusstsein dürfen wir mit Fug und Recht feststellen, wir sind mit großem Abstand die größte Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretung in der Polizei. Ein Grund zum Ausruhen ist das jedoch noch lange nicht. Nein, wir wollen noch stärker werden. Wir wollen ein noch größeres politisches Gewicht in die Waagschale legen können, und wir wollen in der Mitbestimmung landauf, landab der dominierende Faktor sein.

Wir werden dieses Ziel erreichen, indem wir uns stets auf unsere gemeinsamen gewerkschaftspolitischen Ziele und demokratischen Werte als ständigen Maßstab unseres Handelns besinnen – und diese vorleben.

Eines ist mir jedoch besonders wichtig: Ganz gleich, mit welchem individuellen Beweggrund sich Menschen in der Polizei der GdP angeschlossen haben, sie – und uns – alle eint jedoch das Bekenntnis zu einer demokratischen, fest auf dem Boden des Rechtsstaates stehenden Polizei. Zu einer Polizei, die sich hin zum Bürger orientiert, statt sich von ihm abzuwenden und nur Nabelschau betreibt.

Als Norddeutschem liegt mir das Pathos zwar etwas ferner, doch möchte ich dennoch einen gewissen Stolz auf in unserer gemeinsamen Zeit Erreichtes nicht verhehlen:

Wir haben mit unserem im Frühjahr 2021 gefassten Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der Partei „Alternative für Deutschland“ und allen in ihren Strukturen wirkenden Sympathisanten konsequent und glasklar Gesicht gezeigt gegen die antidemokratischen Umtriebe der politischen Scharfmacher, gegen deren Hass und Hetze gegenüber Minderheiten, Geflüchteten und Andersdenkenden, gegen deren gefährlich und abstoßend rückwärtsgewandten Weltbilder und gegen die Feinde der freien, mitbestimmenden Gewerkschaften.

Wir haben mit unserer bundesweiten Kampagne „#100für100 - 100 Prozent Einsatz verdienen 100 Prozent Einsatz“ nachdrücklich mehr Wertschätzung und mehr Respekt für die nicht selten sehr schwierige und risikoreiche Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen gefordert.

Und nach den brutalen Morden an Zweien von uns im rheinland-pfälzischen Ulmet haben wir uns in einer viel beachteten Resolution für einen deutlich spürbareren gesellschaftlichen Rückhalt für die Polizei vehement stark gemacht. Wir haben verdeutlicht, dass die Polizei in Deutschland eine Bürgerpolizei ist. Eine Polizei, die Teil der Gesellschaft ist, und es auch sein will. Wir haben in unserer Entschließung einen starken und selbstbewussten Staat gefordert, einen, der sich zu wehren weiß. Und wir haben eine tiefgehende Debatte über den Zustand des Rechtsstaates angestoßen.

Wir wissen, dass wir mit unseren Aktionen und Gesprächen die politischen Entscheiderinnen und Entscheider erreicht haben. Das ist gut, aber nicht genug. Wir wollen und werden weiter dran bleiben.

Unser Engagement, unsere Entschlossenheit und unsere Agilität muss sich jedoch auch auf die Herausforderungen der Zukunft richten. Auf Aufgaben, die den Bereich der Polizeien betreffen, jedoch teils weit darüber hinausgehen. Das hat unser Bundeskongress längst erkannt und wird drängende Themen wie die Krisenfestigkeit der Polizei, den ökologischen Wandel, den digitalen Prozess sowie die beginnende Verkehrswende anpacken. Und das ist gut so!

In der vor uns liegenden Zeit werde ich die GdP nicht mehr von der Spitze aus unterstützen. Ich übergebe mein Amt als Bundesvorsitzender und bin restlos davon überzeugt, dass unsere GdP in guten Händen liegen wird. Danke für die vergangenen Jahre mit Euch, danke für Euer Vertrauen.

Glück Auf!

A handwritten signature in black ink that reads "Oliver Malchow". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Zeitplan

Montag, 12. September 2022

11:00 Uhr	Registrierung der Kongressteilnehmer:innen
14:00 Uhr	Beginn 27. Ordentlicher Bundeskongress
	TOP 1 (Eröffnung und) Begrüßung
	TOP 2 Totenehrung
	TOP 3 Wahl Verhandlungsleitung und offizielle Eröffnung des Kongresses durch die Verhandlungsleitung
	TOP 4 Beschlussfassung Tagesordnung
	TOP 5 Bestätigung / Wahl – Mandatsprüfungskommission – Antragsberatungskommission
15.00 Uhr	TOP 6 Geschäftsbericht Bundesvorstand
	TOP 7 Aussprache zu TOP 6
15.30 Uhr	TOP 8 Bericht Mandatsprüfungskommission
15.40 – 16.00 Uhr	Kaffeepause
15.45 Uhr	Frist zur Einreichung der Dringlichkeitsanträge
16.00 Uhr	TOP 9 Finanzbericht
16.15 Uhr	TOP 10 Bericht Bundeskassenprüfer:innen
	TOP 11 Aussprache zu den TOPs 9 und 10
16.35 Uhr	TOP 12 Beschlussfassung – Genehmigung der Jahresabschlüsse 2018 - 2021
16.45 Uhr	TOP 13 Bericht Bundesschiedsgericht
	TOP 14 Aussprache zu TOP 13
17.05 Uhr	TOP 15 Bericht Bundeskontrollausschuss
	TOP 16 Aussprache zu TOP 15
17.25 Uhr	TOP 17 Entlastung Bundesvorstand
ca. 18.00 Uhr	TOP 18 Wahlen – <i>elektronisch</i> – Geschäftsführender Bundesvorstand, – Bundesschiedsgericht, – Bundeskassenprüfer
ca. 19.30 Uhr	Abendessen

Dienstag, 13. September 2022

09.00 Uhr	Beginn
	Rede neue:r Vorsitzende:r
	TOP 19 Antragsberatung
	TOP 12 nach Beschlusslage Antragsblock A (Haushalt und Finanzen) – Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2023
	Kaffeepause
10.30 – 11.00 Uhr	
11:00 Uhr	Grußworte
	TOP 19 Antragsberatung
12.30 – 14.00 Uhr	Mittagessen
	TOP 19 Antragsberatung
15.30 – 16.00 Uhr	Kaffeepause
	TOP 19 Antragsberatung
ca. 18.00 Uhr	Ende 2. Kongresstag
19.00 Uhr	Abend der Landesbezirke/Bezirke – „Länderabend“

Mittwoch, 14. September 2022

08.30 Uhr	Beginn
	TOP 19 Antragsberatung
	Grußworte
	Ende der Antragsberatung
11.00 Uhr	Umbau des Kongresssaals
11.00 – 13.30 Uhr	
14.00 Uhr	Festakt zum 27. Ordentlichen Bundeskongress „Für uns. Für morgen“ (siehe separater Plan)
ca. 16.30/17.00 Uhr	Ende Festakt anschließend Umbau Kongresssaal
19.30 Uhr	Kommunikationsabend
	TOP 20 Verabschiedung ausgeschiedene Funktionär:innen offizielles Ende 27. Ordentlicher Bundeskongress
anschließend	

Donnerstag, 15. September 2022

| Abreise nach dem Frühstück

FÜR UNS. FÜR MORGEN

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

Geschichte der Gewerkschaft der Polizei

Die Art und Weise einer Polizei stellt für die Gesellschaft, in der sie agiert, einen wichtigen Pfeiler demokratischer Stabilität dar. Sie ist dann eine Polizei aus Bürgern für Bürger. Damit sie diesem Anspruch gerecht werden kann, steht dem Verordnen eines Dienstherrn stets eine auf Augenhöhe etablierte Mitbestimmung gegenüber. An dieser Erfolgsgeschichte hierzulande hat die Jubilarin einen gehörigen Anteil. Warum das so ist, erklärt die Historikerin Laura Ede, Autorin der Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI (DP).

Als am 14. September 1950 in Hamburg die Vertreter der jungen Polizeigewerkschaften der (westlichen) Bundesländer zusammenkommen, um die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Bundesebene zu gründen, legen sie nicht nur den Grundstein für den Neubeginn polizeilicher Gewerkschaftsarbeit. Die GdP sollte in den folgenden sieben Jahrzehnten die Polizei in Deutschland nachdrücklich prägen: als moderne, bürgernahe Organisation, deren demokratischer Nährboden das Grundgesetz bildet.

Vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik

Auch wenn die Anfänge polizeigewerkschaftlicher Arbeit bis ins Kaiserreich zurückdatieren, ist es ein langer und harter Kampf, bis Polizistinnen und Polizisten Mitbestimmung und gestalterische Rechte zuerkannt werden. Erste Vereine gründen sich bereits in den 1880-er Jahren. Dazu gehört der „Sterbekassenverein der Bayrischen Polizeimannschaft“ von 1882. Die Gründung fällt in eine Zeit, die durch die Bismarckschen Sozialistengesetze geprägt ist. deren Ziel ist es, die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung und den Ruf nach gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsrechten zu unterdrücken. Unter dem Deckmantel der Wohlfahrtsarbeit treffen sich Polizeiangehörige und beratschlagen über ihre Arbeitssituation. Immer wieder werden diese Vereine jedoch verboten, ihre Mitglieder strafversetzt oder gar aus dem Dienst entlassen.



Ernst Schrader (2. v. l.) im Kreise der Polizeiführung

Foto: Privatarchiv (PA) Wolfgang Klose

Eine erste Blütezeit polizeigewerkschaftlicher Arbeit wird durch den Sturz des Kaisers und die Ausrufung der Weimarer Republik 1919 eingeleitet. Die neue Verfassung garantiert auch Beamten das unein-

geschränkte Vereins- und Versammlungsrecht sowie die politische Gesinnungsfreiheit. Zur größten und einflussreichsten Polizeigewerkschaft der ersten Demokratie auf deutschem Boden entwickelt sich der umgangssprachlich nach seinem Vorsitzenden benannte Schrader-Verband.



Ernst Schrader

* 3.4.1877; † 13.7.1936

Vorsitzender des Verbandes Preußischer Polizeibeamter

Ernst Schrader verließ 1901 als Obergefreiter die Armee und trat als Wachtmeister in die Berliner Schutzmannschaft ein. Bereits 1913 war er als Gründungs- und Vorstandsmitglied der ersten preußischen Interessenvertretung der Polizei, der „Vereinigung Berliner Schutzleute“, gewerkschaftlich aktiv. 1920 schied er aus dem aktiven Polizeidienst aus, um als hauptamtlicher

1926: Ernst Schrader

Foto: PA Wolfgang Klose

Vorsitzender des „Verbandes Preußischer Polizeibeamter“ tätig zu sein. Unter seiner Führung wurde der Schrader-Verband zur größten und einflussreichsten Interessenvertretung der Polizei der Weimarer Republik. 1930 wurde er Mitglied in der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes und Sekretär der internationalen Polizeivereinerung „Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police“. Aus gesundheitlichen Gründen zog er sich 1932 von seinen Ämtern zurück. Von September bis Dezember 1933 wurde er von den Nationalsozialisten in „Schutzhaft“ genommen und in das KZ Oranienburg verschleppt. 1936 verstarb er nach einem langen Krebsleiden.

Ernst Schrader, bereits seit 1915 Verbandsvorsitzender, formt aus dem anfangs lokal auf Berlin beschränkten Verein die erste Einheitsorganisation der Polizei in Preußen, die ab 1923 sowohl staatliche wie kom-

munale Polizeibeamte vertritt. Zu ihren größten Erfolgen gehört, dass der Polizeiberuf 1927 zum Lebensberuf wird. Vorher war die Dienstzeit auf zwölf Jahre beschränkt. Unter dem Einfluss des „Verbands Preußischer Polizeibeamter“ – so der offizielle Name – wird die Polizei zu einer entmilitarisierten, bürgernahen Organisation mit Arbeitsschutz und Mitspracherechten. 1930 vereint er mit rund 75.000 Mitgliedern fast achtzig Prozent der preußischen Polizeibeamten. Schrader, der als Sozialdemokrat fest an die demokratischen Grundrechte glaubt, legt 1932 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nieder.



Letzte Versammlung des Schrader-Verbandes in demokratischer Freiheit

Foto: „Die deutsche Polizei: ihre Geschichte, ihre Gewerkschaft, Daten, Fakten, Meinungen. 1950 - 1980: 30 Jahre Gewerkschaft der Polizei“ - VDP GmbH 1980

Nationalsozialismus und Besatzungszeit

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 endet nicht nur die erste Demokratie in Deutschland. Die Zerschlagung der verhassten Gewerkschaften ist eines der ersten Ziele, das die neuen Machthaber konsequent und schnell umsetzen. Der Schrader-Verband gilt den Nationalsozialisten als erklärter politischer Gegner und die Kontrolle über die Polizei als wichtiges Instrument, ihren autoritären Führungsanspruch durchzusetzen. Der Abwehrkampf des Verbandes ist nur von kurzer Dauer. Bereits am 27. April 1933 wird die Auflösung der längst unterwanderten Organisation durch seine neue, nationalsozialistische Führung beschlossen. Ihre Mitglieder werden in den „Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter“ überführt und demokratische Kräfte innerhalb der Polizei mit Hilfe des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ systematisch ausgeschaltet. Manche Beamte, die nach diesem Gesetz entlassen werden, finden sich in Arbeits- und Konzentrationslagern wieder. Zu ihnen gehört der gesundheitlich schwer angeschlagene Ernst Schrader. Die von den Nationalsozialisten nach ihren Vorstellungen neugestaltete Polizei wird zum Herrschaftsinstru-

ment ihres menschenverachtendem Regimes.

1945, nach Ende des zweiten Weltkrieges, teilen die Alliierten Deutschland in vier Besatzungszonen auf, die nach und nach polizeigewerkschaftliche Arbeit wieder zulassen. Während sich in der sowjetischen Zone bereits von Beginn an Polizeibeamte im „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ mitorganisieren, lässt die französische Zone erst 1949 mit dem „Verband der Polizeibeamten“ in Baden polizeiliche Gewerkschaftsarbeit zu. Als die Alliierten 1950 die Verantwortlichkeit für die Polizei an die Länder übergeben, steht dem Neubeginn der Polizeigewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) nichts mehr im Wege.

Vom Neuanfang zur Spitzenorganisation

Erste Vorgespräche für eine bundesweite Gewerkschaftsgründung finden im Frühjahr 1950 zwischen den Vertretern der Polizeiverbände der britischen Besatzungszone und West-Berlin statt. Am 14. September ist es soweit: Die GdP (Bund) wird in Hamburg gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wird Fritz Schulte – seit 1948 Vorsitzender des „Bundes der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“ – gewählt. Ebenso wie sein niedersächsischer Stellvertreter, August Henn, kann Schulte auf Erfahrungen aus seiner Zeit beim Schrader-Verband zurückgreifen. Die bereits bestehenden Verbände der einzelnen Länder werden in Landesverbände der GdP umgewandelt und organisieren gemeinsam rund 42.500 Mitglieder. Schon im Folgejahr gelingt es, neue Landesbezirke in Hessen und Rheinland-Pfalz zu gründen. Die Besatzungsmächte hinterlassen in ihren Einflussbereichen äußerst unterschiedliche polizeiliche Strukturen. So sind Polizisten in West-Berlin ausschließlich Angestellte. Eine der ersten Forderungen der jungen Gewerkschaft bildet daher die Vereinheitlichung der Polizei und deren Überführung von kommunaler in staatliche Hand. Zugleich nutzt sie die Ausgangssituation, um von Beginn an alle Polizeiangehö-



1955: 4. Delegiertenkongress der GdP: Fritz Schulte (r.) mit Willy Brandt (l., damals Berliner Bundestagsabgeordneter) Foto: DP

Fritz Schulte

* 28.12.1891; † 15.12.1955

Zitat: „Wir lassen uns bei unserer Arbeit von dem Gedanken leiten, dass der Mensch das größte Maß an Freiheit genießen soll, das unter Berücksichtigung des vorrangierenden Rechtes der Allgemeinheit möglich ist.“

Bundvorsitzender: 1950 – 1955

Fritz Schulte war gelernter Schlosser und trat nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg 1919 in den Polizeidienst ein. Er engagierte sich gewerkschaftlich und stieg zum Vorsitzenden des Gau West des Schrader-Verbandes auf. Im Oktober 1933 wurde Schulte von den Nazis verhaftet und bis Januar 1934 in Konzentrationslagern festgehalten. 1934 wurde er offiziell aus dem Polizeidienst entlassen.

1940 wurde Schulte zum Militärdienst eingezogen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges trat er 1945 wieder in den Polizeidienst ein. Am 22. Juli 1948 wurde der „Bund der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“ in Düsseldorf gegründet und Schulte zum Vorsitzenden gewählt. 1950 ernannte man ihn zum Chef der Wuppertaler Polizei. Im selben Jahr wurde er zum Vorsitzenden der neugegründeten Gewerkschaft der Polizei (Bund) gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tod am 15. Dezember 1955 inne.



1950: Erste Satzungskommission am Vorabend der Gründung der GdP in Hamburg Foto: VDP GmbH

rigen zu organisieren. Auf ihrem ersten Ordentlichen Delegiertenkongress 1951 in Koblenz wird die Neuordnung des Besoldungswesens als Hauptforderung formuliert. Der Bruttoverdienst eines Polizeihauptwachmeisters beläuft sich zu dieser Zeit auf gerade einmal 305,50 Deutsche Mark (DM) und reicht damit kaum, um eine Familie zu ernähren. Der Forderung wird während des gesamten ersten Jahrzehnts immer wieder Ausdruck verliehen und führt mehrfach zu zeitgemäßen Anpassungen – so 1951 mit dem „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts“, 1954 mit der GdP-Denkschrift zur Besoldungsreform, der Besoldungsreform von 1957 und dem neuen Beamtenrechtsrahmengesetz. Auf diesem ersten, der vorerst jährlich stattfindenden Kongresse, wird ebenfalls ein Entwurf für einheitliche Laufbahnvorschriften vorgelegt, der die Basis für die Einheitslaufbahn bildet.



1956: Delegiertenkongress der GdP in Berlin Foto: DP

Eine der wichtigsten Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik ist, dass Polizisten künftig auf das neu geschaffene Grundgesetz und nicht auf die jeweilige Regierung vereidigt werden. Damit werden nicht nur die Abwehrkräfte des Staates gegen extremistische Bestrebungen gestärkt, sondern der Grundstein für eine moderne Polizei gelegt. Auch die GdP setzt sich in diesen ersten Jahren mit dem Verhältnis zwischen Staat, Bevölkerung und Polizei auseinander. Anlass gibt unter anderem die Gründung des Bundesgrenzschutzes (BGS), dessen damalige, paramilitärische Organisation von der Gewerkschaft stark kritisiert und abgelehnt wird. Ihr Einsatz zeigt Erfolge: 1952 wird die Polizei nach GdP-Protesten zuerst in Nordrhein-Westfalen, nach und nach auch in den anderen Ländern als zivile Organisation verstaatlicht. Mit ihrer Zeitung „DEUTSCHE POLIZEI“ (DP) informiert und kommuniziert die GdP seit 1952 mit ihren Mitgliedern. Auch die polizeilichen Aufgaben wachsen in dieser Zeit. Das aufkeimende Wirtschaftswunder treibt die Automobilität voran und lässt auch die motorisierte Polizei an Bedeutung gewinnen.



Fritz Kehler Foto: GdP

Friedrich „Fritz“ Kehler

* 31.7.1889; † 5.9.1972

Zitat: „Der Polizeibeamte des Rechtsstaates hat die Verpflichtung, aus der Vielseitigkeit der Gesetze unter Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte nach der Ermächtigung seines dienstlichen Handelns und damit nach der Grundlage seiner Amtshandlung zu suchen, bevor er tätig wird.“

Bundesvorsitzender: 1956 – 1958

Nach seiner Lehre trat Fritz Kehler 1910 der SPD bei und wurde Mitglied im Zentralverband der Heizer und Maschinisten. Nach Ableistung seines Wehrdienstes (1911 – 1913) nahm er am Ersten Weltkrieg teil. 1914 wurde er verletzt und kam in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr 1919 wurde er im Folgejahr zum Gewerkschaftssekretär gewählt. 1923 trat Kehler in den Polizeidienst ein, wo er sich ebenfalls gewerkschaftlich engagierte und 1925 zum Leiter der Ortsgruppe Dortmund des Schrader-Verbandes gewählt wurde. Als Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Mitbegründer der Eisernen Front in Dortmund kämpfte er gegen den Nationalsozialismus. 1933 wurde er dem Dienst entzogen und entlassen. Im August 1945 trat er wieder in die Polizei ein. 1948 gehörte Kehler zu den Mitbegründern des Bundes der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen, der 1950 in der Gewerkschaft der Polizei aufging. Nachdem er bereits 1954 in den Ruhestand getreten war, wurde er 1956 zum Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei gewählt. Nach nur zwei Jahren trat er von diesem Amt zurück und wurde zugleich zum Ehrenvorsitzenden der GdP gewählt. Am 5. September 1972 verstarb Kehler.

Mit dem Beitritt zur „Union Internationale des Syndicats de Police“ (UISP) 1955 betritt die GdP erstmals internationales Parkett. Dieses Jahr steht zudem im Zeichen einer Protestwelle. In 20 Städten pro-

testieren insgesamt 26.000 Mitglieder. Die Protestwelle hält bis ins folgende Jahr an und wird schließlich mit der Höhergruppierung des Mittleren Dienstes belohnt. 1956 tritt Fritz Kehler die Nachfolge des verstorbenen Schulte an. Auf ihn folgt zwei Jahre später Werner Kuhlmann, unter dem die GdP 1959 offiziell nach dem Bundesbeamtengesetz als Spitzenorganisation anerkannt wird und ihren Einfluss damit erheblich erweitert.

Abwehr von Militarisierungsbestrebungen und Konsolidierung als Gewerkschaft



1961: Werner Kuhlmann und Kollegen am Berliner Potsdamer Platz kurz nach Beginn des Mauerbaus Foto: DP

Mit dem Beginn des neuen Jahrzehnts tritt die GdP endgültig in ihre Konsolidierungsphase ein. Durch den ersten Abschluss von Anschluss-tarifverträgen gelingt es, die Tariffähigkeit und damit auch die Position als Berufsorganisation zu festigen. Für die Tarifbeschäftigten in der Polizei zahlt sich dieser Einsatz aus: Sie können sich über eine Einkommensverbesserung von sieben Prozent freuen. Gemeinsam mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ruft die GdP eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben, um die Tarifbeschäftigten auch in Zukunft optimal vertreten zu können. Mit Erfolg.



1965: GdP-Protestveranstaltung für die gerechtere Bewertung des Polizeidienstes in der Ruhrland-Halle (NRW) Foto: DP

1966 tritt die GdP erstmals als selbstständiger Tarifpartner auf. Das bereits zuvor schwelende Thema der Militarisierung des Polizeidienstes flammt in den 1960er-Jahren mit der Debatte um die Notstandsgesetzgebung erneut auf und wird zu einem der Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit dieses Jahrzehnts. Schon 1961 legt die GdP erfolgreich Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung von Explosivmitteln als Polizeiwaffen ein. Weitere Vorstöße wie die Einführung einer Polizeidienstpflicht oder die Übertragung des Objektschutzes an die Polizei im Kriegsfall können ebenfalls abgeschmettert werden. Mit einem völkerrechtlichen Rechtsgutachten gelingt es der Gewerkschaft 1963, den Status der Polizei als zivile Verwaltungsbehörde festzuschreiben. Den finalen Erfolg bildet die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung am 30. Mai 1968 ohne Vermischung polizeilicher und militärischer Aufgaben.



Werner Kuhlmann Foto: DP

Werner Kuhlmann

* 27.2.1921; † 22.5.1992

Zitat: „Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland der Polizei heute ein überraschend hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt, so hat die Gewerkschaft der Polizei an dieser erfreulichen Entwicklung wesentlichen Anteil.“

Bundesvorsitzender: 1958 – 1975

Als Kind war Werner Kuhlmann von 1931 bis 1933 Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands (Die Falken). 1939 legte er die Gesellenprüfung zum Landschaftsgärtner ab. Von 1940 – 1945 war er als Soldat im Zweiten Weltkrieg. Danach trat Kuhlmann in den Polizeidienst ein und wurde Kriminalbeamter. 1948 wurde er auch Mitglied in der Gewerkschaft. Zehn Jahre später übernahm er den Bundesvorsitz der GdP. 1962 kandidierte Kuhlmann erfolgreich für den nordrhein-westfälischen Landtag und blieb bis 1980 Abgeordneter der SPD. 1975 gab er den GdP-Vorsitz ab, um Oberbürgermeister von Gelsenkirchen zu werden. Dieses Amt hatte er bis 1989 inne. 1992 verstarb Kuhlmann.

Unterdessen steigt die Mitgliederzahl weiter an.

1964 wird das hunderttausendste GdP-Mitglied aufgenommen. Mit der Gründung der JUNGEN GRUPPE (GdP) am 1. April 1966 erhält die stetig wachsende Zahl junger Mitglieder eine eigene, starke Stimme. Damit trägt die GdP auch dem Zeitgeist Rechnung. Die ausgehenden 1960er-Jahre sind in der westlichen Welt, ausgelöst durch die Studentenbewegung, von einer politischen Aufbruchstimmung geprägt, deren Diskussionskultur sich auch in den Gewerkschaften niederschlägt.



1968: 12. Delegiertenkongress in Berlin im Kontext der Notstandsregelungen Foto: DP

Die Bundesgeschäftsstelle sowie die Wirtschaftsunternehmen Organisations- und Servicegesellschaft (OSG) und der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR (VDP) können 1967 das neugebaute Gewerkschafts- haus in Hilden beziehen. Noch im selben Jahr setzt die GdP mit ihrer Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“ erhebliche Verbesserungen bei Ausrüstung, Personal und Bewertung in der Kriminalpolizei durch.

Unmut über Besoldung und RAF-Terror



1971: GdP-Demonstration in Wiesbaden im Zuge der bundesweiten Protestwelle nach Übertragung der Besoldungszuständigkeit Foto: DP

1971 wechselt die Besoldungszuständigkeit von den Ländern zum Bund. Die enttäuschte Hoffnung auf damit einhergehende strukturelle Verbesserungen im Polizeidienst löst massive Proteste aus. Rund 30.000 Demonstranten folgen dem Ruf der GdP auf die Straße. Bereits im Vorjahr diskutierte Überlegungen zu einem Streikrecht bei der Polizei stoßen bei den Mitgliedern auf starke Zustimmung – 93 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus. Eine rechtliche Prüfung ergibt jedoch, dass der Beamtenstatus und das Streikrecht einander ausschließen. An der Bereitschaft, sich für die eigenen Belange stark zu machen, ändert dies jedoch nichts. 1974 nehmen die Spannungen zwischen den Verhandlungsparteien dermaßen zu, dass es zum ersten Streik im öffentlichen Dienst kommt. Auch die in der GdP organisierten Angestellten sowie Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen sich und setzen damit ein Zeichen für die innergewerkschaftliche Solidarität. Die Bilanz der Arbeitskämpfe dieses Jahrzehnts ist beachtlich: Neben einer Lohnsteigerung von 11 Prozent können das 13. Monatsgehalt, eine Entschädigung für angeordnete Mehrarbeit, die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ), Urlaubsgeld (1977) sowie die 40-Stunden-Woche (durch

Streik 1974), die bundeseinheitliche Dienstkleidung (1974) und die Umsetzung des Jugendschutzgesetzes (1977) bei der Polizei durchgesetzt werden.

Auch innerhalb der GdP verändert sich einiges. Auf der Feier anlässlich des 25-jährigen Bestehens der GdP übergibt Kuhlmann den Vorsitz an Helmut Schirmmacher. Kurz darauf wächst die Zahl der Mit-

Helmut Schirmmacher

* 6.5.1923; † 11.5.2009

Zitat: „Ich habe die GdP nicht ausschließlich als Einkommensverbesserungsverein oder als Klub zur Pflege der Kameradschaft verstanden, sondern stets als eine an der Zukunft orientierte, aktive, dynamisch für die Mitgliedsinteressen in sachlicher Ausgewogenheit streitende und kämpfende Organisation.“

Bundesvorsitzender: 1975 – 1981

Helmut Schirmmacher trat 1947 in den Polizeidienst ein. 1949 war er Gründungsmitglied des „Bund der Polizeibeamten des Landes Niedersachsen“, der ein Jahr darauf in der neugegründeten GdP aufging. 1969 wurde Schirmmacher Landesvorsitzender in Niedersachsen. Von 1970 bis 1975 war er zudem stellvertretender GdP-Vorsitzender auf Bundesebene. 1975 wurde er auf dem Bundeskongress zum Vorsitzenden gewählt. In dieser Funktion machte sich Schirmmacher für den Beitritt der GdP in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stark. Nach sechs Jahren trat er 1981 von seinem Amt zurück, da er zum Polizeipräsidenten von Bielefeld ernannt worden war. 2009 verstarb der Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik.



Helmut Schirmmacher Foto: DP

glieder, da – nach strukturellen Anpassungen innerhalb der Behörde – künftig auch die Angehörigen des BGS mit organisiert werden. Durch die Aufnahme in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) festigt die GdP 1978 ihre Stellung.



1977: Trauermarsch für die bei der Schleyer-Entführung von der RAF ermordeten drei Kollegen Foto: DP

Der Polizeidienst wird in den 1970er-Jahren nicht einfacher. Mit der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) rückt das Problem des inländischen Terrorismus erstmals in den Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit. Die Gewalt gipfelt 1977 im sogenannten Deutschen Herbst. Mit der Rasterfahndung wird in diesem Zusammenhang erstmals eine Ermittlungstaktik genutzt, die auf der massenhaften Zusammenführung und Auswertung von Daten beruht. Daneben tritt mit der Drogen- und Beschaffungskriminalität ein weiteres polizeiliches Tätigkeitsfeld in den Vordergrund. Mit den wachsenden Aufgaben wächst auch die Belastung bei der Polizei. 1975 macht der GdP-Fachausschuss Schutzpolizei mit einem Forderungskatalog „Schichtdienst und seine Folgen“ auf die spezifischen Belastungen des Wechselschichtdienstes aufmerksam. Vier Jahre später verabschiedet der Delegiertenkongress in Hannover dazu eine entsprechende Resolution.

Kampf gegen Sparmaßnahmen



1980: Kundgebung nach einer Großdemonstration für Verbesserungen im Wechselschichtdienst mit 7.000 Polizeibeamten in Köln

Foto: DP

Mit den 1980er-Jahren endet die lange Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik. Phänomene wie Massenarbeitslosigkeit beantwortet die Regierung mit einer rigorosen Sparpolitik. Auch die Polizei bekommt die Einsparungen zu spüren. 1982 protestieren 50.000 Menschen in Bonn gegen die Rotstiftpolitik der öffentlichen Arbeitgeber – darunter 6.000 GdP-Mitglieder. In den folgenden Jahren gelingt es der GdP, Nullrunden bei der Polizei zu verhindern und auch Pläne, die Beamtenbesoldung per Bundesgesetz im Voraus zu regeln, können abgewehrt werden.



1981: Vereidigung der ersten Schutzpolizistinnen auf dem Rathausplatz in Hann. Münden (Niedersachsen)

Foto: DP

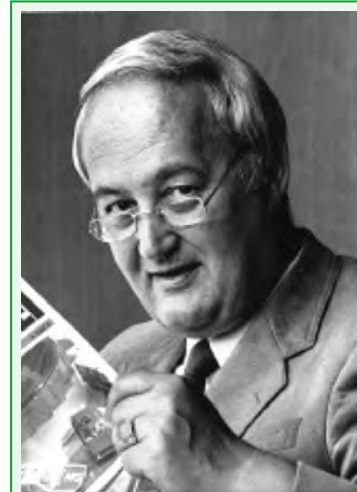
Seit 1980 werden auch Frauen in den allgemeinen Dienst der Schutzpolizei eingestellt. Frauen im Polizeidienst gab es bereits seit der Weimarer Republik, wo ihnen Spezialaufgaben vor allem im Bereich der Jugend- und Sexualdelikte anvertraut wurden. Polizistinnen, die in al-

len Aufgabenfeldern tätig sind, stellen jedoch ein Novum dar. Die GdP begrüßt die neuen Mitstreiterinnen und gründet mit der Frauengruppe 1983 eine eigene Vertretung innerhalb der Gewerkschaft.



1982: DGB „Beamten-Demo“ in Bonn

Foto: DP



Günter Schröder Foto: DP

Günter Schröder

* 8.4.1937

Zitat: „Wer heute aufhört zu demonstrieren, darf sich nicht wundern, wenn morgen keine Diskussionsveranstaltung mehr stattfinden darf.“

Bundsvorsitzender:

1981 – 1986

Günter Schröder war ab 1975 GdP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Am 26. Juni 1981 übernahm er den Bundesvorsitz der GdP. In seine Amtszeit fielen die Aufnahme in den DGB und die Einstellung von Frauen in den Polizeidienst. Schröder fungierte ebenfalls als Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP). 1986 trat er im Kontext einer Debatte über seine Kritik an der Festnahme Alfons Lappas auf dem Bundeskongress des DGB zurück. Im Februar 1987 legte Schröder auch sein Amt als Landesvorsitzender in NRW nieder.

Günther Schröder, der von 1981 an als GdP-Vorsitzender amtiert, übergibt 1986 das Amt an Hermann Lutz. Ab Mitte des Jahrzehnts werden Überalterung und soziale Absicherung im Alter zu neuen Schwerpunktthemen der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Nicht zuletzt die 1987 gegründete Seniorengruppe verleiht den älteren Beschäftigten sowie den Pensionärinnen und Pensionären der Polizei eine hörbare Stimme.



1986: Bundesweite Plakataktion Foto: DP

Mit den in den 1980er-Jahren beginnenden Castor-Transporten wachsen die Aufgaben der Polizei weiter. Die regelmäßige Einsatzbetreuung bei diesen wie auch anderen Großeinsätzen gehört zu den obligatorischen Aufgaben der GdP. Die anhaltenden Demonstrationen von Atomkraftgegnern und die damit einhergehenden, teils gewaltsamen Auseinandersetzungen werden zu einem medialen wie polizeigewerkschaftlichem Dauerthema. Inhaltlich beschäftigt sich die GdP des Weiteren mit Themenfeldern wie Wirtschaftskriminalität, organisiertes Verbrechen und der Verkehrsunfallentwicklung. Der Mauerfall 1989 markiert das Ende des Kalten Krieges und leitet eine neue – hoffnungsvolle – Ära ein.



1989: Hermann Lutz (m.) spricht mit der Besatzung eines Einsatzwagens an der Mauer vor dem Brandenburger Tor kurz nach der Grenzöffnung Foto: DP

Von der Wiedervereinigung zur Deutschen Einheit

Die Wiedervereinigung vollzieht die GdP auch auf gewerkschaftlicher Ebene. Bereits kurz nach dem Mauerfall hatte sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine neue Polizeigewerkschaft, die Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP), gegründet. Schnell wird aber deutlich, dass eine bundesweit einheitliche Organisation deutlich mehr Schlagkraft entfalten kann. Die GdVP organisiert seit Anfang 1990 rund 83.000 Mitglieder aus der Volkspolizei, der Feuerwehr, des Strafvollzuges und des Innenministeriums der DDR unter dem Dach des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress beschließt später vor dem Hintergrund des unterzeichneten



Hermann Lutz Foto: DP

Hermann Lutz

* 3.4.1938

Zitat: „Die zentrale Funktion des staatlichen Gewaltmonopols für den Rechtsstaat muss in der politischen Diskussion wieder verstärkt herausgestellt werden.“

Bundsvorsitzender:
1986 – 1998

1957 trat der damalige Leistungssportler Hermann Lutz in den Polizeidienst ein. Ein Jahr darauf wurde er

Mitglied der GdP. 1974 wurde er zum Polizeirat ernannt und war in den folgenden Jahren im Fachbereich „Polizei“ als Dozent für Politikwissenschaft an der rheinland-pfälzischen Fachhochschule für Verwaltung tätig. 1976 wurde Lutz Landesvorsitzender der GdP in Rheinland-Pfalz und ab 1981 stellvertretender Bundesvorsitzender. 1986 wählte man ihn zum Bundesvorsitzenden der GdP. Damit war er der erste Vorsitzende einer DGB-Einzelgewerkschaft, der zugleich CDU-Mitglied war. In seiner Amtszeit setzte er sich insbesondere für sichere Arbeitsbedingungen im Polizeidienst ein. Von 1989 bis 2003 fungierte Lutz zudem als Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP).



1990: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (r.) gratuliert GdP-Vorsitzendem Hermann Lutz zur Theodor-Heuss-Medaille für den Einsatz gegen Rechtsextremismus Foto: Graffiti

Einigungsvertrages, der Wiedervereinigung und der damit einhergehenden föderalen Strukturen der Polizei sowie der Auflösung des FDGB, die GdVP zum 30. September 1990 aufzulösen. Der überwiegende Teil der Mitglieder der GdVP tritt nach der Einheit der GdP bei. Ab Oktober 1990 entstehen regionale GdP-Bezirke in den sogenannten neuen Ländern. Auch wenn das geteilte Deutschland nun der Vergangenheit angehört, sollte es ein langer Weg werden, bis die Einheit in allen Bereichen realisiert wird. Die GdP unterstützt die Kollegenschaft in Ostdeutschland beim Aufbau demokratischer und gewerkschaftlicher Strukturen. Während der das ganze Jahr 1993 andauernden Aktion „Demokratie braucht unseren Einsatz“ veranstaltet sie in fünf ostdeutschen Städten Foren und begleitet die neuen Kolleginnen



1997: Hermann Lutz (2. v. r.) und Bernhard Witthaut (r.) begleiten den Einsatz rund um den Castor-Transport Foto: DP



1992: Zweiter Streik im Öffentlichen Dienst Foto: DP



1997: Polizisten und Demonstranten beim Castor-Transport Foto: dpa



1992: Zweiter Streik im Öffentlichen Dienst Foto: Schöneck/lt

Prozent des Gehalts, das im Westen bezahlt wird. Diesem Missverhältnis widmet sich 1998 die GdP-Kampagne „Da fehlt noch was!“, bei der die Landesbezirke im Rahmen der Tarifverhandlungen auf 85 Mark verminderte „Hundertmarkscheine“ verteilen. Mit der Aktion „Schluss mit der Salamitaktik“ bekräftigt die Gewerkschaft ihre Forderung im folgenden Jahr nochmals eindrucksvoll.



1998: Demonstration für die Angleichung der Gehälter in Ost und West Foto: DP

und Kollegen auf ihrem Weg in den gewerkschaftspolitischen Alltag Deutschlands.

Die Angleichung der Gehälter im Osten ist auch für die GdP das bestimmende Thema dieses Jahrzehnts. Um der Forderung das nötige Gewicht zu verleihen, ruft die GdP 1992 zum zweiten Mal in ihrer Geschichte zum Streik auf. Mit der Erhöhung des Urlaubsgeldes und der Ausbildungsgehälter sowie einer allgemeinen Steigerung der Löhne und Gehälter um 5,4 Prozent kann ein Teilerfolg erzielt werden. Trotzdem erhalten Polizisten und Polizistinnen in den Ost-Ländern nur 74

Während in den 1970er-Jahren die Gefahr von Links kam, beginnt es nun am rechten Rand zu brodeln. Die Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen (1991/92) bilden nur den Auftakt zu weiteren rechtsextremen Gewaltausbrüchen. Die GdP, deren Vorsitzender Lutz bereits 1990 für den Einsatz gegen Rechtsextremismus mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet worden war, verabschiedet auf ihrem Bundeskongress 1994 als deutliches Zeichen einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU). Zwei Jahre darauf verstärken erstmals in Bosnien-Herzegowina auch deutsche Polizisten das Polizeikontingent der Vereinten Nationen (UN). 1999 be-



Norbert Spinrath Foto: DP

Zitat: „Wenn eine Bundesregierung – zumal eine sozialdemokratische – die Beamten von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln will, indem das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst nicht übernommen wird, kann das nur als ungeheuerliche Provokation gewertet werden.“

Norbert Spinrath

* 26.9.1957

Bundsvorsitzender: 1998 – 2000

Nach seinem Schulabschluss trat Norbert Spinrath 1974 die Ausbildung im Polizeivollzugsdienst in Nordrhein-Westfalen an. 1978 trat er in die GdP ein und wurde im Personalrat tätig. 1994 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Auf dem Bundeskongress 1998 wurde Spinrath zum Vorsitzenden der GdP gewählt. Zudem war er Vizepräsident des Syndicats de Police (UISP). 2000 trat er aus persönlichen Gründen vom Amt des Bundsvorsitzenden zurück. Von 2013 bis 2017 zog er über die Landesliste Nordrhein-Westfalen für die SPD in den Bundestag ein. Dort war er europapolitischer Sprecher seiner Fraktion.



21. Ordentlicher Bundeskongress

Aufbruch in Bremen

1998: 21. Bundeskongress in Bremen Foto: DP

sucht eine Abordnung der GdP die im Kosovo eingesetzten Kollegen.

Der 1995 geplanten Dienstrechtsreform zeigt die GdP symbolisch die „Gelbe Karte“. Der Protest zeigt Wirkung, und die Reform passiert das Parlament in deutlich abgemilderter Form. Auch Pläne, Zeitsoldaten mit einer verkürzten Ausbildung in den Polizeidienst zu übernehmen, können verhindert werden. Stattdessen macht sich die GdP für die zweigeteilte Laufbahn stark, die sich in einzelnen Bundesländern seit 1991 durchzusetzen beginnt. Mit ihrem „Thesenpapier zur zweigeteilten Laufbahn“ legt sie 1992 eine theoretische Blaupause vor. Nachdem bereits 1972 mit der Studie „Gebremste Polizei“ erste Forderungen nach einer Hochschulbildung für Polizeibeamtinnen und -beamte erhoben wurden, legt die GdP 1996 mit ihrem Papier „Forderungen der GdP zur Zukunft des höheren Polizeidienstes“ nach. Darin spricht sie sich für eine Weiterentwicklung der in Münster ansässigen Polizeiführungsakademie zu einer internen Hochschule der Polizei aus.

Mit einem neuen Grundsatzprogramm (1990) und dem seit 1992 bestehenden Gewerkschaftsbeirat als höchstem Gremium zwischen den Delegiertenkongressen modernisiert die GdP ihre Strukturen. Auch der 1990 auf den Weg gebrachte Frauenförderplan bereitet die gleichstellungspolitische Zukunft vor. Als Vorsitzender fungiert ab 1998 Norbert Spinrath.

Die GdP im neuen Jahrtausend

Das neue Jahrtausend beginnt mit einem Schock für die Polizei. Bereits im ersten Halbjahr 2000 werden fünf Einsatzkräfte im Dienst ermordet. Mehr als 8.000 Kolleginnen und Kollegen protestieren bei einem Schweigemarsch in Dortmund gegen Gewalt gegen Polizeibeamte. Die GdP stößt als Reaktion darauf die vielbeachtete Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte 1985 – 2000“ an, mit der das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) beauftragt wird. Die Ergebnisse zeigen, dass Gewalterfahrungen in diesem Zeitraum signifikant zugenommen haben und stützen die GdP-Forderung nach besserer Ausrüstung und Eigenschutz.

11. September 2001: Der Terroranschlag auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington rücken die Gefahr des internationalen Terrorismus abrupt in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Auch für die Polizei entstehen dadurch neue Aufgaben im Feld der Terrorabwehr. Unter dem Eindruck



2001: GdP-Demonstration gegen Kürzungspläne Foto: DP

weiterer Terroranschläge in Madrid (2004) und London (2005) stellt die GdP ihr zweites Positionspapier zur „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ vor. Darin enthalten sind Forderungen nach einem dritten Sicherheitspaket, dass die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene betont. Großveranstaltungen bedeuten für die Polizei auch immer Großeinsätze – und von diesen gibt es im neuen Jahrtausend einige. Sowohl während der Weltausstellung EXPO 2000 als auch bei der Fußball-WM in Deutschland 2006 ist die GdP vor Ort und betreut die Kräfte aus dem In- und Ausland bei ihrem Einsatz. Ab 2008 werden Polizeiuniformen an den europäischen Standard angepasst – von grün zu blau. Die wachsende Staatsverschuldung führt zu erheblichen Einsparungen im öffentlichen Dienst. Immer wieder muss sich die GdP gegen Versuche wehren, die Wochen- und Lebensarbeitszeit zu verlängern und Zulagen zu kürzen. Mit der Aktion „Rote Karte“ demonstrieren GdP-Mitglieder 2003 gegen den fortschreitenden Sozialabbau. Bereits früh macht die GdP auch auf die Gefahren der Privatisierung öffentlicher

Dienstleistungen aufmerksam. Mit der verfassungsrechtlichen Festbeschreibung der sogenannten Schuldenbremse werden 2009 die Weichen für die harten Verhandlungen im kommenden Jahrzehnt gestellt. 2005 findet erstmals ein Arbeitsschutzsymposium der GdP statt. Neben der körperlichen Komponente wird zunehmend die psychische Belastungssituation des Polizeidienstes reflektiert und entsprechende Forderungen erhoben. Im selben Jahr löst der neue, modernisierte und gestraffte Tarifvertrag (TVöD) den vorher gültigen Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) ab. Mit dem Ende der Gründungsphase der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) erfüllt sich die lang vorgebrachte GdP-Forderung nach der Akademisierung des Polizeiberufes. 2007 starten die ersten Masterstudiengänge.



Konrad Freiberg

Foto: GdP/Hagen Immel

Konrad Freiberg

* 23.7.1951

Zitat: „Die ewigen Forderungen nach härteren Gesetzen sollen oft nur übertünchen, wie der Staat tatsächlich in die Polizei zu investieren bereit ist – letztlich zu Lasten der Sicherheit.“

Bundvorsitzender: 2000 – 2010

Konrad Freiberg trat 1968 in die Polizei ein. 1978 wurde er Mitglied in der GdP und war ab 1979 im Personalrat aktiv. Ab 1986 war er Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei und wurde 1990 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP. 1994 wurde Freiberg stellvertretender Bundesvorsitzender und 1997 Landesvorsitzender in Hamburg. Im Jahr 2000 übernahm er kommissarisch den Bundesvorsitz und wurde 2002 in diesem Amt bestätigt. In seiner zehnjährigen Amtszeit stemmte er sich gegen den massiven Personalabbau und soziale Verschlechterungen bei der Polizei und kritisierte die zunehmende Gewalt gegen Polizisten. Nachdem er 2010 nicht mehr zur Wahl zur Verfügung stand, wurde er 2013 Bürgervorsteher seiner Heimatstadt Schwarzenbek.



2003: Aktion „Rote Karte“ in Hannover: Dietmar Schilff (r., damals stellvertretender Vorsitzender Niedersachsen) im Gespräch mit Sigmar Gabriel (l., damals Ministerpräsident in Niedersachsen) Foto: DP

Die GdP analysiert 2001 mit einer Mitgliederbefragung ihre eigene Rolle und nutzt die Ergebnisse, um ihre Arbeit noch effektiver auszugestalten. Die Eröffnung der Bundesgeschäftsstelle in Berlin im Folgejahr intensiviert den Kontakt zur Bundespolitik noch einmal. Der seit zwei Jahren agierende kommissarische Bundesvorsitzende Konrad Freiberg wird 2002 in seinem Amt bestätigt. Auf internationaler Ebene befindet sich die polizeigewerkschaftliche Organisation im Umbruch: Die European Confederation of Police (EuroCOP) ersetzt die Vorgängerorganisation. Unter ihrem Dach vereint sie 25 Gewerkschaften aus allen Teilen der Europäischen Union (EU).

Das zweite Jahrzehnt

Gleichstellungspolitische Themen rücken verstärkt in den Fokus der gewerkschaftlichen Arbeit. Mit ihrem Mentoring-Programm gelingt es der Frauengruppe (Bund), Kolleginnen gezielt für die Gewerkschaftsarbeit zu motivieren und zu stärken. Achtzehn Monate nach Ende des ersten Durchlaufs bekleiden alle zwölf Teilnehmerinnen Funktionen in der GdP. Das gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Projekt „Beurteilung im Polizeivollzugsdienst – Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter“ beleuchtet zugleich schlaglichtartig die strukturelle Unterbewertung von Polizeibeamtinnen. Mit ihren Arbeitsgruppen „Häusliche Gewalt“ (2013) und „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ (2014) nimmt die Frauengruppe zudem aktiv Anteil an der Ausgestaltung neuer Gesetze.

Die fortschreitende Digitalisierung bringt für die Polizei neben neuen Ermittlungsmethoden und -instrumenten auch neue Aufgabenfelder



Bernhard Witthaut

Foto: GdP/Hagen Immel

Bernhard Witthaut

* 20.7.1955

Zitat: „Wer längere Laufzeiten für Atomkraftwerke beschließt, darf sich nicht über längere Laufzeiten für Castor-Transporte wundern.“

**Bundesvorsitzender:
2010 – 2013**

Bernhard Witthaut trat 1975 seinen Dienst bei der Polizei an und begann 1981 die

Ausbildung zum Kommissar. 1982 trat er in die GdP ein und wurde 1994 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand. 1997 wurde Witthaut zum Landesvorsitzenden in Niedersachsen und im Jahr darauf zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. 2010 übernahm er für drei Jahre den Bundesvorsitz, den er auf Grund seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Osnabrück abgab. 2019 wurde er zum Präsidenten des Verfassungsschutzes Niedersachsen berufen.

mit sich. Dazu kommt, dass sich nahezu alle bekannten Straftatbestände auch in den digitalen Raum ausweiten. Die GdP fordert daher eine „smarte“ Polizei, die sowohl technisch als auch personell auf die neuen Herausforderungen vorbereitet ist. Dazu gehört ebenfalls die Beschäftigung mit neuen Technologien. So setzt sich das GdP-Verkehrsforum 2016 beispielsweise mit den Chancen und Gefahren des autonomen Fahrens auseinander. Um diese Entwicklungen auch künftig wirksam zu begleiten, wird Anfang 2020 die IT-Kommission der GdP ins Leben gerufen.

Auch bei der eigenen Außendarstellung und dem Mitgliederservice schöpft die GdP längst alle digitalen Möglichkeiten aus. Bereits 2013 entsteht im Rahmen der Tarifrunde ein Film, der über die Website der GdP abgerufen werden kann. Die erste GdP-App erscheint 2015 und wird 2018 grundlegend überholt und verbessert, um als wirksames Hilfsmittel die Kolleginnen und Kollegen im Dienst zu unterstützen. Der Bundesvorsitz geht 2013 von Bernhard Witthaut, der das Amt von 2010 an innehat, auf Oliver Malchow über.

Auf europäischer Ebene kommt es 2015 zu einem Paradigmenwechsel. Grundlegende Differenzen, insbesondere über die Repräsentanz und das aktive Einbringen in den gesellschaftlichen Diskurs, führen zu einem Austritt der GdP aus EuroCOP. 2017 eröffnet die GdP ihr eigenes Büro im Haus der Hessischen Landesvertretung in Brüssel. Damit wird der räumliche Rahmen für einen intensiven Austausch mit der immer wichtiger werdenden EU-Politik geschaffen.

Eines der wichtigsten Themen des letzten Jahrzehnts war (und ist) die zunehmende Gewalt gegen die Polizei. Schon 2011 startet die Anti-Gewalt-Kampagne der GdP mit der Initiative „Auch Mensch“. Die ikonischen Plakate, die auch heute noch oft zu sehen sind, rufen in Erinnerung, was jedem bewusst sein sollte: In der Uniform steckt ein Vater, ein Bruder, ein Freund, eine Mutter, eine Tochter, eine Freundin. Die GdP fordert zudem einen neuen „Schutzparagrafen“, der den (tätlichen) Angriff auf Einsatzkräfte unter besondere Strafe stellt. 2017 reagiert die Politik und schafft mit dem Paragrafen 114 Strafgesetzbuch (StGB) einen eigenen Straftatbestand, von dem auch Feuerwehrleute und me-



Oliver Malchow

Foto: GdP/Hagen Immel

Oliver Malchow

* 29.6.1963

Zitat: „Die Gewerkschaft der Polizei ist eine gesellschaftspolitische Kraft, die sich als Vertreterin einer bürgernahen Polizei und damit als Vertreterin unseres demokratischen Rechtsstaates sieht. In diesem ist kein Platz für spaltende Elemente, Bürgerwehren oder polarisierende Halbwahrheiten. Wenn wir uns einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenstellen wollen, müssen wir uns mit den Ursachen und Folgen der sich ausbreitenden Ungleichheit und Unsicherheit, der immer größer werdenden Schere zwischen arm und reich auseinandersetzen und möglichst schnell zu Lösungen kommen.“

Bundesvorsitzender: 2013 bis heute

Oliver Malchow trat 1983 in den gehobenen Dienst der Polizei Schleswig-Holstein ein. 1985 wurde er Mitglied der GdP und arbeitete als Ausbilder und Fachlehrer bei der Bereitschaftspolizei. 1997 wurde er zum Vorsitzenden des Landesbezirks Schleswig-Holstein gewählt. 2003 machte er seinen Abschluss an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup. Seit 2010 ist er Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand. Am 13. Mai 2013 wurde er zum neuen Bundesvorsitzenden der GdP gewählt und hat dieses Amt bis heute inne.



2011: Plakat zur Kampagne „Auch Mensch“ der JUNGEN GRUPPE (GdP)

Foto: mm-pictures

GmbH, Gestaltung: karadesign

dizinische Rettungskräfte profitieren. Die Einsätze rund um den im selben Jahr stattfindenden G20-Gipfel belegen die Notwendigkeit dieser Maßnahme.

Das zunehmende Gewaltpotenzial in Teilen der Gesellschaft gehört zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit. Die GdP thematisierte dies bereits 2011 im Zusammenhang mit dem Geschehen rund um Fußballspiele, die immer öfter zu polizeilichen Großeinsätzen führten. Der unter Mitwirkung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der „Deutschen Fußball Liga“ (DFL) durchgeführte Kongress steht daher unter dem Motto „Feindbild ins Abseits“.

Der Personalmangel bei der Polizei wird zum weiteren Schwerpunktthema des letzten Jahrzehnts. Durch die Spardoktrin der vorangegangenen Jahre, die zögerliche Neueinstellungspolitik und die generelle Überalterung der Gesellschaft steht die Polizei – im Übrigen nach wie vor – einem Nachwuchsproblem gegenüber. Mit der Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ wirbt die GdP 2015 für eine Erhöhung der Personaldecke.

Als im Sommer desselben Jahres die Flüchtlingssituation Deutschland erreicht, stellte dies auch die Polizei vor neue Herausforderungen. Getreu dem Satz „Wir schaffen das“ werden alle Kräfte mobilisiert – mit tatkräftiger Unterstützung vieler pensionierter Kolleginnen und Kollegen, die temporär aus dem Ruhestand zurückkehrten, um bei der Registrierung Geflüchteter zu helfen. Doch nicht jeder begrüßt die Willkommenskultur: Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hält zunehmend der politische Populismus Einzug in die Parlamente. Die GdP betrachtet diese Entwicklung mit Sorge. 2017 lädt die JUNGE GRUPPE (GdP) zu einer Fachtagung mit den Schwerpunkten Populismus und Extremismus ein. Die Garantie demokratischer Grundrechte ist für die Gewerkschaft – nicht zuletzt aus eigener leidvoller Erfahrung – jeher oberstes Gebot.

Der auf dem 26. Ordentlichen Bundeskongress 2018 verabschiedete Dringlichkeitsantrag zum politischen Populismus ist daher eine logische Konsequenz. Einer Politik der Ausgrenzung bietet die GdP weder Austausch noch Bühne, sondern die Stirn. Auf der „Populismus-Fachtagung“ 2019 tauschen sich Gewerkschafter, Journalisten, Historiker und Politikwissenschaftler über wirksame Strategien der Aufklärung und den Umgang mit populistischen Thesen aus.

Im März 2021 verabschiedet die GdP-Bundesvorstand, als konsequentes Ergebnis der Auseinandersetzung mit der AfD, einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Gleichzeitige Mitgliedschaften in der GdP und der AfD schließen sich künftig aus. Dass ein Jahr darauf das Kölner Verfassungsgericht entscheidet, dass die gesamte AfD vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall für Rechtsextremismus beobachtet werden darf, bestätigt diese Entscheidung.

Die durch den Tod des Afroamerikaners George Floyd ausgelöste Protestwelle gegen Rassismus erreicht im Frühjahr 2020 auch Deutschland. In der Debatte um eine Rassismus Studie in der Polizei kommt es schließlich zu einem Kompromiss: die „MEGAVO“-Studie fragt nicht nur nach Einstellungen, sondern bildet auch den Arbeitsalltag der



2014: Parlamentarisches Frühstück: Wolfgang Bosbach (r., CDU), Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, bei seiner GdP-Stippvisite mit Jörg Bruchmüller (l.) und Dietmar Schilff

Foto: GdP/Zielasko



2014: 25. Bundeskongress: In der ersten Reihe im Gespräch (v.r.): Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Bundesjustizminister Heiko Maas und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek

Foto: GdP/Hagen Immel



26. GdP-Bundeskongress 2018: Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) (v.l.): Elke Gündner-Ede, weiteres Mitglied, Clemens Murr, Bundeskassierer, René Klemmer, stellv. Bundesvorsitzender (Tarif), Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender, Oliver Malchow, Bundesvorsitzender, Hagen Husgen, Bundesschriftführer, Dietmar Schilff, stellv. Bundesvorsitzender, Katrin Kuhl, weiteres Mitglied – stellvertretend für den Bereich Finanzen –, und Michael Mertens, stellv. Bundesvorsitzender

Foto: GdP/Hagen Immel



Kolleginnen und Kollegen auf der Straße ab. Mit dem Positionspapier „Halt geben – Haltung stärken“ bezieht die GdP Position und stellt klar, dass rechtsextreme und antidemokratische Strömungen keinen Platz in den Reihen der Polizei haben. Die Junge Gruppe lädt mit ihrer Mitmach-Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ im August 2020 dazu ein, Vielfalt zu leben und Verantwortung für die Demokratie zu übernehmen.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang des Jahres 2020 bringt eine Vielzahl an gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere auch für die Polizei. Da ein Großteil der Polizeiarbeit nicht aus dem Home-Office heraus erledigt werden kann, ist das Infektionsrisiko wie in so vielen systemrelevanten Berufen besonders hoch. Die GdP setzt sich dafür ein, dass eine Covid-19-Infektion als Dienstunfall anerkannt wird und unterstützt Musterprozesse auf Bundesebene und in den Ländern. Im Zuge der Pandemie erreicht die Verbreitung von Fehlin-

formationen – oft Fake News genannt – in sozialen Medien und über Nachrichtendienste wie Telegram einen neuen Höhepunkt. Welchen Effekt die rasante Verbreitung von Verschwörungstheorien und politischer Stimmungsmache haben kann, müssen die Beamtinnen und Beamten in den vergangenen zwei Jahren bei den Demonstrationen der selbsternannten „Querdenker“ erleben. Den unruhlichen Höhepunkt dieser Entwicklung bildet im August 2020 der versuchte Sturm des Reichstages, der Dank des Einsatzes von Polizeikräften auf den Treppen des Gebäudes gestoppt werden konnte. Doch auch abseits der Demonstrationen lässt sich eine deutlich erhöhte Gewaltbereitschaft gegen Einsatzkräfte feststellen.

Gewerkschaften und Personalräte stellt die Pandemie vor außerordentliche organisatorische Herausforderungen. Nicht nur, dass Sitzungen als Videokonferenzen stattfinden müssen, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Beschlussfassung müssen gesichert





Demokratie schützen: Gewerkschaft der Polizei zur AfD

Wer unser Zusammenleben in Frage stellt oder angreift, ist bei der GdP unerwünscht

Gleichzeitige Mitgliedschaften in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind nach Auffassung des GdP-Bundesvorstandes nicht miteinander vereinbar. Das beschloss das Gewerkschaftsgremium am 11. März in einer Videositzung. Die GdP kündigte in einer Presseerklärung an, Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, aufzufordern, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen. Sie seien in der GdP nicht willkommen.

Der GdP zufolge erteilt die AfD unserem Zusammenleben seit Jahren eine Kampfansage. „Die AfD will mit Provokationen und Inszenierungen medienwirksam auffallen, ist gewerkschaftsfeindlich eingestellt und entzieht sich der solidarischen Basis unserer Gesellschaft“, betonte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff.

Die Positionen und Meinungen der AfD, verdeutlichte der GdP-Vize, widersprächen dem solidarischen und die öffentliche Sicherheit bewahrenden Selbst- und Rollenverständnis von Polizeibeschäftigten, das von der GdP vertreten und geteilt werde. „Als GdP mit einer langen demokratischen Tradition stellen wir uns dem Ansinnen der AfD entschieden entgegen“, bekräftigte Schilff.

Immer öfter trete das wahre Antlitz der AfD zu Tage, sagte der Gewerkschafter. So hätten hochrangige AfD-Politikerinnen und -Politiker inmitten der Corona-Krise an den sogenannten Querdenken-Demonstrationen teilgenommen und dabei offen den Schulterchluss mit Rechtsextremen, Antisemiten, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern gesucht.

Diesen Eindruck, so Schilff, stützten nachrichtendienstliche Erkenntnisse. So gewinnen laut Verfassungsschutz völkisch-nationalistische Kräfte dieser Partei an Einfluss. Diese radikalisierten die AfD weiter. Viele Anhänger des nachweislich rechtsextremen „Flügels“ nähmen weiterhin eine tragende Rolle in der Partei ein.

„Die GdP wird weiterhin mit großem Engagement dafür eintreten, dass demokratische Teilhabe und politische Bildung gestärkt werden, um populistischen und extremistischen Erscheinungsformen und Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken“, stellte Schilff fest. Die Gewerkschaft werde sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das freiheitliche Demokratieverständnis in der Polizei jederzeit gewahrt bleibe.

**Gemeinsam
Verantwortung übernehmen –
Solidarisch und
konsequent handeln –
Demokratie schützen**

Die Gewerkschaft der Polizei ist eine politische Organisation, die gemäß ihrer Satzung nicht zur Neutralität gegenüber Parteien verpflichtet ist. Jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Diskriminierungen, Verunglimpfungen und den Nationalsozialismus sowie seine Folgen verharmlosende Aussagen und Handlungen wird sie weiterhin auf das Schärfste verurteilen, hörbar widersprechen und sich mit ganzer Kraft entgegenstellen.

Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiterhin dafür einsetzen, das hohe Vertrauen, das die Bevölkerung in die deutsche Polizei hierzulande hat, zu bewahren und allen Versuchen, die Demokratie zu gefährden, die Gesellschaft zu spalten und die Polizei zu instrumentalisieren, entschieden entgegenzutreten.

Die AfD ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei eine im Kern rassistische, nationalistische, menschenverachtende, demokratie- und gewerkschaftsfeindliche Partei, deren politische Bestrebungen den Grundsätzen und Werten eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates und dem solidarischen Prinzip der Gewerkschaft der Polizei konträr entgegenstehen. Die AfD ist demokratisch gewählt, sie ist aber nach Bewertung der GdP keine demokratische Partei.

Der Beschluss im Wortlaut:

I. Die GdP stellt sich der AfD entschieden entgegen. Die Ziele, Positionen, Grundsätze und Werte der GdP sind mit denen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) unvereinbar. Die Positionen und Meinungen der AfD widersprechen dem freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen und die öffentliche Sicherheit bewahrenden Selbst- und Rollenverständnis von Polizeibeschäftigten, das von der GdP vertreten und geteilt wird.

II. Der Bundesvorstand stellt gemäß Paragraph 8 Absatz 1 der Satzung fest, dass die Mitgliedschaft in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei nicht vereinbar ist.

III. GdP-Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, sind in der GdP nicht willkommen und aufgefordert, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen.

IV. Die GdP wird weiterhin mit großem Engagement dafür eintreten, dass demokratische Teilhabe und politische Bildung gestärkt werden, um populistischen und extremistischen Erscheinungsformen und Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken.

V. Die GdP wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das freiheitliche Demokratieverständnis in der Polizei jederzeit gewahrt bleibt, die demokratische Widerstandsfähigkeit gestärkt und Polizistinnen und Polizisten ihren Widerspruch gegenüber Aussagen von Politikerinnen und Politikern, die das freiheitliche Demokratieverständnis in der Polizei gefährden, frei und selbstbestimmt äußern können.

werden. Die Tarifverhandlungen gestalten sich angesichts der Folgen und Wirkungen der Pandemie als ausgesprochen zäh.

Einen Lichtblick stellt das neue Layout der Mitgliederzeitung DP dar, dass seit März 2020 in deutlich verjüngtem Design erscheint.

Die auf Grund der Pandemie verschobene Wertschätzungskampagne der GdP „100für100“ startet im April 2021. In der Berliner Bundespressekonferenz fordert die Gewerkschaft gegenüber den Medien und von der Politik mehr Einsatz für die Polizeibeschäftigten. Nicht zuletzt die bevorstehende Bundestagswahl sorgt dafür, dass die gewerkschaftlichen Positionen nicht übersehen werden können. Am 26. September verabschiedet sich die CDU zum ersten Mal seit 16 Jahren aus der Regierung und eine „Ampel-Koalition“ übernimmt die Regierungsgeschäfte.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt die jüngste Zäsur dieses bewegten Jahrzehnts dar. Die erschütternden Bilder des Krieges auf europäischem Boden gehen um die Welt. Während die Politik mit militärischen Hilfslieferungen und nie gekannten Sanktionen reagiert, schlägt den Geflüchteten aus der Ukraine in der



Foto: picture alliance/NurPhoto

Gesellschaft eine breite Welle der Solidarität entgegen, die Spendenbereitschaft ist gewaltig.

In unsicheren Zeiten wie diesen sind die gewerkschaftlichen Werte, die die GdP in ihrer über siebzigjährigen Geschichte stark gemacht haben, wichtiger denn je.





Marvin, Schutzpolizist

ENTSCHEIDER HALTGEBER RUHEPOL

**100% Einsatz
verdienen 100% Einsatz.**

Wir fordern:

Gute Bedingungen für erfolgreiche Ermittlungsarbeit.
Weil es um Sicherheit geht.

Alle Forderungen und weitere Informationen auf 100fuer100.de



**Gewerkschaft
der Polizei**

#100für100



8. FEBRUAR 2022

Resolution der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu den Polizistenmorden von Ulmet

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei

Auch eine Woche nach den brutalen Morden an unserer 24-jährigen Kollegin Yasmin und unserem 29-jährigen Kollegen Alexander am 31. Januar 2022 im rheinland-pfälzischen Landkreis Kusel zeigt sich der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fassungslos und in tiefer Trauer. Der Albtraum einer jeden Polizistin, eines jeden Polizisten und eines jeden aus der gesamten Polizeifamilie hierzulande sei eingetreten, betonte das Gremium in einer Erklärung im Rahmen einer digitalen Bundesvorstandssitzung vor dem Hintergrund der erschütternden Tat. Zuvor hatte der GdP-Bundesvorstand in einer Schweigeminute den beiden im Dienst ermordeten Kollegen gedacht.

Die Resolution

Erst die schrecklichen Morde an den beiden Polizeibeamten im rheinland-pfälzischen Ulmet haben es offenbar vermocht, den Fokus der Gesellschaft, der Medien und der Politik auf die seit Jahren zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu lenken. Zudem wirft die Tat ein Schlaglicht auf Entwicklungen in unserem Rechtsstaat, die zu großer Besorgnis Anlass geben.

Seit rund zwei Jahrzehnten weist die GdP auf die Zunahme von Respektlosigkeiten, Diffamierungen sowie Angriffen und Gewaltattacken auf unsere Kolleginnen und Kollegen als Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres demokratischen Staates hin. Dieser nicht zu tolerierenden Entwicklung darf nicht mit dem vermeintlichen Ar-

gument des polizeilichen Berufsrisikos entgegnet werden. Es darf nicht kleingeredet werden, dass Polizistinnen und Polizisten mit Hass- und Hetzaufrufen im Netz, vor allem in den sozialen Medien, belegt werden. Wir wollen nicht hinnehmen, dass solches inakzeptables Handeln zu unserem polizeilichen Berufsalltag gehören soll.

Um dieser Entwicklung wirksam zu entgegen, fordert die GdP gesellschaftlichen Rückhalt für ihre Polizei. Diese sowie unser demokratischer Rechtsstaat benötigen mehr Wertschätzung, breite Anerkennung und Respekt. Polizeibeschäftigte geben tagtäglich 100 Prozent Einsatz. Nicht mehr fordern sie zurück.

Es kann nicht länger sein, dass eine Unkultur des ständigen Hinterfragens staatlichen und polizeilichen Tuns Fahrt aufnimmt. Es geht dabei nicht um die demokratische Kontrolle des Staates. Selbstverständlich ist es jeder und jedem überlassen, Maßnahmen juristisch überprüfen zu lassen. Es geht im besten Fall um Trotzigkeit vor dem Hintergrund fehlenden Wissens um das Funktionieren des Rechtsstaates. Es geht um das Ignorieren der Kompetenzen staatlicher Institutionen bis hin zu einer erklärten Feindschaft gegenüber der Demokratie und gegenüber denen, die sie bewahren. Die GdP fordert einen starken und selbstbewussten Staat, der diese Probleme offen benennt, transparent debattiert und zielgerichtete Lösungen auf den Weg bringt.

In Deutschland arbeitet eine Bürgerpolizei. Eine Polizei, die Teil der Gesellschaft ist, und es auch sein will. Dazu gehört es,

die weitreichenden Rechte aller zu schützen, jedoch auch denen, die gegen Regeln verstoßen, Grenzen zu verdeutlichen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind rund um die Uhr im Einsatz, oft dort, wo sich Konflikte abspielen, Menschen zu Tätern und Opfern werden. Die Polizei blickt häufig in menschliche Abgründe und wird mit Not und Elend konfrontiert. Die Polizei ist weder eine Bedrohung noch eine Gefahr. Sie hilft und schützt! Wer anderen mit Polemik, Verleumdungen und falschen Behauptungen das Gegenteil eintrichtern will, handelt gegen unseren Staat.

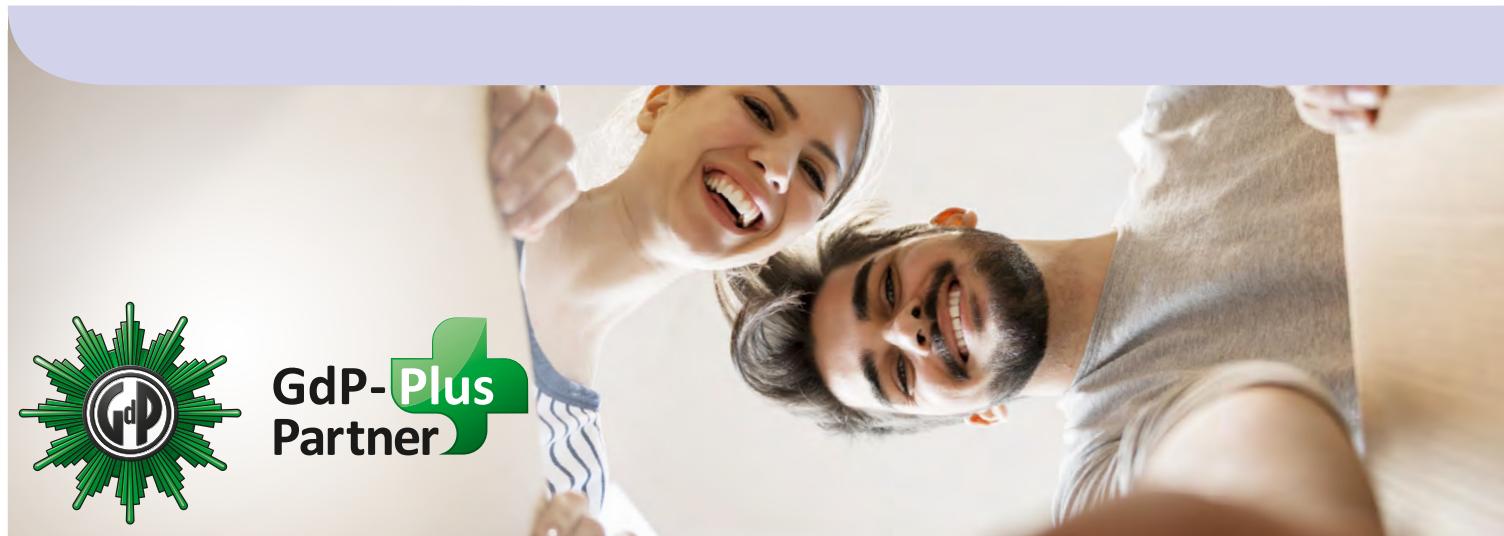
Politische Entscheider müssen dringend sowohl die polizeilichen Erkenntnisse und Wahrnehmungen als auch die der Justiz, der Staatsanwaltschaften und Gerichte ernsthaft berücksichtigen und daraus ein realistisches Lagebild unserer Gesellschaft zeichnen. Weiter dem Motto zu folgen: „Was ich nicht sehe, ist nicht da!“, führt in die falsche Richtung. Die Dinge müssen auf den Tisch.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert einen Staat, der sich zu wehren weiß. Dazu benötigt er neben einer personell und sachlich stark ausgestatteten und aufgebauten Polizei auch Investitionen in die Justiz. Eine tiefgehende Debatte über den Zustand des Rechtsstaates ist unumgänglich.

Der GdP-Bundesvorstand kündigt an, mit dem nötigen emotionalen Abstand und nach Ende der Ermittlungen die Erkenntnisse der Polizistenmorde von Ulmet intensiv auszuwerten und nötige Schlussfolgerungen daraus, zu den politischen Entscheidungen zu tragen. ■

Alles für Dich drin!

**Starke Partnerschaften im Ausbau!
Weitere Neuzugänge beim GdP-Plus Partnerprogramm**



Kennt Ihr GdP-Plus, dass Partnerprogramm Eurer GdP?

GdP-Plus-Partner ist der zentrale und einfache Zugang zum exklusiven Vorteilsprogramm für Euch als GdP-Mitglied und Eure Familien. Aktuell 14 Partner aus unterschiedlichen Branchen stellen über die Webseite www.gdp.de unter dem Menüpunkt Dein GdP-Plus ihre attraktiven Angebote für Euch vor.

Euer Vorteil: Die GdP-Plus Partner bieten bundesweit an.

Dieses Jahr verzeichnen wir u.a. Neuzugänge aus dem Automobilbereich, Bekleidung, Möbel, Ausrüstung und Fahrrad-Verkauf. Über die Neuzugänge im GdP-Plus-Partnerprogramm erfahrt ihr immer zeitnah in Eurer DP DEUTSCHE POLIZEI.

Dazu stellen wir Euch die Partner in der DP kurz vor. Auch informieren wir Euch über die Webseite www.gdp.de/Dein GdP-Plus und die Social-Media-Kanäle der GdP Bund über Veränderungen bei den Angeboten.

Jeder, der den GdP-Newsletter abonniert, erhält die aktuellen Informationen auch auf diesem Weg.

Ihr sucht ein Geschenk?

Ob TV-Programm über Pay-TV, spezifische Angebote zu Mobilfunkanbietern oder ein anderes besonderes Geschenk für Eure Lieben, guckt vorher auf jeden Fall die Angebote auf GdP-Plus Partner an.

Die aktuellen GdP-Plus Partner



Die GdP-Plus Partner nehmen die Anfragen über ihre jeweilige Angebotsseite entgegen und betreuen Eure spezifischen Fragen.

Fragen oder Anregungen?

E-Mail gdp-plus@gdp.de • Telefon 0211 7104-0



Nutze den Easy-Login!

www.gdp.de > GdP-Plus

Vielen Dank!

Liebe Inserenten!

Mit der Beteiligung an der Festschrift anlässlich unseres Bundeskongresses haben Sie uns sehr geholfen.

Wir danken Ihnen dafür sehr herzlich!



Liebe Leser!

Alle Inserate dieser Festschrift verdienen Ihre Aufmerksamkeit.

Ihre Gewerkschaft der Polizei

**FÜR UNS.
FÜR MORGEN**

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei